

Statuten des Österreichischen Riichi Mahjong Verbandes VRZ: 063370256

Inhaltsverzeichnis

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich.....	2
§ 2: Zweck.....	2
§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks.....	2
§ 4: Arten der Mitgliedschaft.....	2
§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft.....	3
§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft.....	3
§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder.....	3
§ 8: Vereinsorgane.....	4
§ 9: Generalversammlung.....	4
§ 10: Aufgaben der Generalversammlung.....	5
§ 11: Vorstand.....	5
§ 12: Aufgaben des Vorstands.....	7
§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder.....	7
§ 14: Rechnungsprüfer.....	8
§ 15: Schiedsgericht.....	8
§ 16: Freiwillige Auflösung des Vereins.....	9

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

1. Der Verein führt den Namen " Österreichischer Riichi Mahjong Verband".
2. Er hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Tätigkeit auf ganz Österreich.

§ 2: Zweck

1. Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Verbreitung und Förderung des japanischen Gesellschaftsspieles "Riichi Mahjong" unter anderem durch folgende Aktivitäten:
 - a. Die Organisation zur Entsendung von Mitgliedern zu internationalen Wettkämpfen dieses Spieles.
 - b. Die Veranstaltung von Turnieren und die Hilfestellung bei Turnierveranstaltungen.
 - c. Die Förderung von Interaktion zwischen den Bundesländern innerhalb Österreichs.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

1. Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.
2. Als ideelle Mittel dienen
 - a. Spielertreffen
 - b. Teilnahme und Entsendung zu Turnieren.
 - c. Veranstaltungen
 - d. Gesellige Zusammenkünfte
3. Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch
 - a. Mitgliedsbeiträge
 - b. Spenden, Vermächnisse und sonstige Zuwendungen
 - c. Erträge aus Veranstaltungen, vereinseigene Unternehmen

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

1. Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in einfache, aktive und stimmberechtigte Mitglieder.
 - a. **einfache Mitglieder:** Jede Person beginnt als einfaches Mitglied. Einfache Mitglieder sind nicht stimmberechtigt und auch nicht zur Generalversammlung geladen, sind aber zu sämtlichen Vereinsaktivitäten eingeladen. Einfaches Mitglied wird man durch Unterzeichnung der Beitrittserklärung und Zustimmung des Vorstandes.
 - b. **stimmberechtigte Mitglieder:** Jedes Mitglied das seit der letzten ordentlichen Generalversammlung den Mitgliedsbeitrag in allen Jahren entrichtet hat in der es zumindest einfaches Mitglied war, und zumindest ein EMA zertifiziertes Riichi Mahjong Turnier gespielt hat gilt als stimmberechtigtes Mitglied. Sollte es als Sinnvoll erachtet werden können Mitglieder mit einer 2/3 Mehrheit von der Generalversammlung als stimmberechtigt ernannt werden.

Mitglieder des Vorstandes sind automatisch stimmberechtigt.

2. Untervereine
 - a. Untervereine können ebenfalls Mitglied des Österreichischen Riichi Mahjong Verbands werden. Damit werden automatisch auch alle Mitglieder des Untervereins Mitglieder, wobei sich der Status der Mitglieder equivalent zu §4 Abs 1 lit c ergibt.
 - b. Pro fünf stimmberechtigten Mitgliedern aus dem Unterverein darf ein Vertreter mit deren Stimmrecht zur Generalversammlung entsendet werden (wobei der Vertreter falls er selbst stimmberechtigt ist bei den fünf Stimmen inkludiert ist).
 - c. Untervereine sind zur gesammelten Bezahlung der Mitgliedsbeiträge Ihrer stimmberechtigten Mitglieder an den Österreichischen Riichi Mahjong Verband verantwortlich. Werden diese nicht, oder nur teilweise entrichtet, erhält der Unterverein für das betroffene Jahr nur die Stimmberechtigungen equivalent zu den bezahlten Mitgliedsbeiträgen.

Eine Person ist nur entweder als Einzelperson oder als Mitglied eines Untervereins stimmberechtigt.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Vereins können alle physischen Personen, die über 16 Jahren sind und den Hauptwohnsitz in Österreich haben, sowie österreichische Vereine werden.
2. Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Eine diesbezügliche Entscheidung des Vorstandes ist verbindlich und unanfechtbar.
3. Der Erwerb der Mitgliedschaft kann entweder über E-Mail oder das dafür vorgesehene Anmeldeformular auf der Homepage des Dachverbandes erfolgen.
4. Personen welche sich bei einem Verein anmelden, welcher selbst Mitglied des Verbandes ist werden automatisch Mitglied des Verbandes.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, durch freiwilligen Austritt oder durch Ausschluss.
2. Der Austritt kann jederzeit erfolgen.
Er muss dem Vorstand per E-Mail mitgeteilt werden. Eventuell bezahlte Mitgliedsbeiträge für die laufende Periode werden nicht rückerstattet.
3. Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand mit Angabe von Gründen verfügt werden.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Rechte der Mitglieder:
 - a. Die Mitglieder sind berechtigt, nach Entrichtung eines eventuell vom Vorstand festgesetzten Unkostenbeitrages, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu benützen. Das Stimmrecht

in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht steht nur den stimmberechtigten Mitgliedern zu.

- b. Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausföhlung der Statuten zu verlangen. Die Ausföhlung kann auch über elektronische Medien geschehen.
 - c. Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.
 - d. Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.
 - e. Die Mitglieder sind vom Vorstand in der Generalversammlung über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
2. Pflichten der Mitglieder
- a. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte.
 - b. Mitglieder haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Um stimmberechtigtes Mitglied zu werden, oder zu bleiben, sind Mitglieder zur pünktlichen Zahlung der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet. Sofern nichts anderes mit dem Vorstand vereinbart wurde, sind Mitgliedsbeiträge jährlich und bis zu dem vom Vorstand festgelegten Stichtag zu bezahlen.
 - c. Mitglieder haben die Regeln, Hausordnungen und gesetzliche Vorgaben bei Vereinsaktivitäten zu befolgen.
 - d. Mitglieder sind selbst dafür verantwortlich bei Änderung Ihrer Daten(Name, E-Mail Adresse) dies dem Vorstand unter vorstand@riichimahjong.at zu melden. Nicht erhaltene Aussendungen (z.B. Einladung zur Generalversammlung) aufgrund fehlerhafter persönlicher Daten können nicht beanstandet werden.

§ 8: Vereinsorgane

1. Organe des Vereins sind:
 - a. Generalversammlung (§§ 9 und 10)
 - b. der Vorstand (§§ 11 bis 13)
 - c. die Rechnungsprüfer (§ 14)
 - d. das Schiedsgericht (§ 15).

§ 9: Generalversammlung

1. Die Generalversammlung ist die Mitgliederversammlung im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet alle zwei Jahre statt.
 - a. Eine außerordentliche Generalversammlung findet unter folgenden Bedingungen binnen acht Wochen statt
 - b. Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
 - c. schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,

- d. Verlangen der Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),
 - e. Beschluss der/eines Rechnungsprüfer/s (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs.2 dritter Satz dieser Statuten),
 - f. Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten)
2. Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin per E-Mail einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a . c), durch die/einen Rechnungsprüfer (Abs. 2 lit. d).
 3. Anträge zur Generalversammlung sind mindestens eine Woche vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand einzureichen.
 4. Gültige Beschlüsse, ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
 5. Bei der Generalversammlung sind stimmberechtigte Mitglieder teilnahmeberechtigt. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig.
Jede physische Person kann aber maximal drei Stimmen abgeben, außer Vertreter von Untervereinen die laut Statuten maximal fünf Stimmen abgeben können
 6. Die Generalversammlung ist beschlussfähig wenn Mitglieder mit Stimmrechten die mindestens der Hälfte aller stimmberechtigten Personen entsprechen anwesend sind. Sind binnen 30 Minuten noch nicht Personen mit mindestens der Hälfte aller Stimmberechtigungen anwesend, ist die Generalversammlung automatisch beschlussfähig.
 7. Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen, sowie einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln von Stimmen im Vorstand.
 8. Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der/die Obmann/Obfrau, in dessen/deren Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Wenn auch diese/r verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

1. Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:
 - a. Beschlussfassung über den Voranschlag;
 - b. Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer;
 - c. Bestätigung, Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer
 - d. Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein;
 - e. Entlastung des Vorstands;

- f. Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins
- g. Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen
- h. Festlegung des Rankingmodus zur Entsendung von Spielern zu Events.

§ 11: Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern, und höchstens sechs Mitgliedern und zwar aus Obmann/Obfrau und Stellvertreter/in, Schriftführer/in und Stellvertreter/in sowie Kassier/in und Stellvertreter/in, wobei das Amt des/der Obmanns/Obfrau unbedingt zu stellen ist.
2. Besteht der Vorstand aus weniger als 6 Mitgliedern, werden übrige Ämter und Kompetenzen auf die Vorstandsmitglieder aufgeteilt.
3. Der Vorstand wird vom Obmann/von der Obfrau, bei langfristiger Verhinderung von seinem/seiner/ihrer/ihrer Stellvertreter/in, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese/r auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
4. Den Vorsitz führt der/die Obmann/Obfrau, bei Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Ist auch diese/r verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen
5. Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand kann nur aus natürlichen Personen bestehen.
6. Stellen sich keine neuen Kandidaten für die Vorstandswahl gelten die derzeit amtierenden Vorstandsmitglieder als wiedergewählt.
7. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer untätig sein, kann jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einberufen.
8. Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt zwei Jahre; Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.
9. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens Zwei Drittel von ihnen anwesend sind Bei Bestehen aus lediglich zwei Mitgliedern müssen beide anwesend sein.
10. Der Vorstand ist außerdem beschlussfähig wenn alle Mitglieder zu einer elektronischen Konferenz eingeladen wurden und mindestens zwei Drittel der Mitglieder per Video- oder Telefonkonferenz verbunden sind
11. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag. Bei Bestehen aus lediglich zwei Mitgliedern, ist zur Beschlussfassung eine Einstimmigkeit erforderlich.

12. Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 8) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 13 und 14) und Rücktritt (Abs. 15).
13. Die Generalversammlung kann in begründeten Fällen den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.
14. Der Vorstand selbst kann einzelne Mitglieder mit Ausnahme des/der Obmanns/Obfrau entheben. Für jede Enthebung ist Einstimmigkeit bei den übrigen Vorstandsmitgliedern erforderlich. Bei einer Enthebung ist in der nächsten Generalversammlung die Bestätigung einzuholen.
15. Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Falls durch einen geplanten Rücktritt eines Vorstandsmitglieds der Vorstand weniger als zwei Mitglieder umfassen würde, wird der Rücktritt erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 7) eines Nachfolgers wirksam.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

1. Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das Leitungsorgan. im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:
 - a. Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mitlaufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung;
Rechnungsabschlusses;
 - b. Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses
 - c. Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a . c dieser Statuten;
 - d. Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss;
 - e. Verwaltung des Vereinsvermögens;
 - f. Aufnahme und Ausschluss von Vereinsmitgliedern;
 - g. Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.
 - h. Festlegung der Höhe der Mitgliedsbeiträge.
 - i. Koordination mit dem Österreichischen Mahjong Verband bezüglich Kommunikation gegenüber der European Mahjong Association(EMA).
 - j. Ernennung der Spieler die entsendet werden durch Anwendung des dazu vorliegenden Rankingmodus für Riichi Mahjong(Anhang1: Rankingmodus2024.pdf).

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

1. Der/die Obmann/Obfrau führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Der/die Stellvertreter/in unterstützt den/die Obmann/Obfrau bei der Führung der Vereinsgeschäfte.

2. Der/die Obmann/Obfrau vertritt den Verein nach außen. (Vertretungsbefugnis)
Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des/der Obmannes/Obfrau, in Geldangelegenheiten (vermögenswerte Dispositionen) des/der Obmannes/Obfrau und des/der Kassierers/in. Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung eines anderen Vorstandsmitgliedes.
3. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
4. Bei Gefahr im Verzug ist der/die Obmann/Obfrau berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.(5) Der/die Obmann/Obfrau führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.
5. Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle des/der Obmannes/Obfrau, der/die Stellvertreter/in, ansonsten ein anderes Vorstandsmitglied oder das älteste Vereinsmitglied, das sich dazu bereit erklärt.
6. Der/die Obmann/Obfrau hat die Befugnis, Aufgaben der Vorstandsmitglieder auf andere Vorstandsmitglieder zu delegieren, insbesondere dann, wenn die Kompetenzen nicht durch Vorstandswahl in der Generalversammlung zugeteilt wurden oder wenn es zur Verwirklichung der Vereinsziele dienlich ist.
7. Der/die Schriftführer/in unterstützt den/die Obmann/Obfrau bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
8. Der/die Schriftführer/in führt die Protokolle der Generalversammlung und des Vorstands.
9. Der/die Kassier/in ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.

§ 14: Rechnungsprüfer

1. Zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ mit Ausnahme der Generalversammlung angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
2. Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
3. Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 12 bis 15 sinngemäß.

§ 15: Umlaufbeschlüsse

1. Umlaufbeschlüsse sind Beschlüsse, die außerhalb von Sitzungen durch schriftliche Zustimmung von 2/3 der Mitglieder des zuständigen Organs gefasst werden können.
2. Bestimmungen zu Umlaufbeschlüssen:
 - a. Ein Umlaufbeschluss kann durch den Obmann/die Obfrau oder bei deren Verhinderung durch den/die stellvertretende/n Obmann/Obfrau initiiert werden.
 - b. Der Vorschlag für den Umlaufbeschluss ist schriftlich allen stimmberechtigten Mitgliedern des betreffenden Organs (z. B. Vorstand) zu übermitteln. Dies kann per Brief, E-Mail oder einem anderen nachweisbaren Kommunikationsweg erfolgen.
 - c. Die Unterlagen des Vorschlags müssen den Wortlaut des Beschlusses, eine Begründung sowie eine Frist für die Abgabe der Stimmen enthalten.
 - d. Die Frist darf nicht weniger als 14 Tage und nicht mehr als 30 Tage betragen.
 - e. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat seine Stimme schriftlich abzugeben. Die Zustimmung kann per Brief, E-Mail oder einer anderen nachweisbaren Form erfolgen.
Bei Untervereine kann equivalent zur Entsendung von Vertretern zur Generalversammlung die Stimmabgabe gesammelt erfolgen.
 - f. Eine gültige Stimmabgabe erfordert die Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung in klarer Form.
 - g. Der Umlaufbeschluss gilt als angenommen, wenn 2/3 aller Mitglieder(einzeln oder in Form von gesammelter Stimmabgabe mittels Vertreter eines Untervereins) ihre Zustimmung innerhalb der gesetzten Frist schriftlich erklären.
 - h. Stimmen nicht genügend Mitglieder zu gilt der Umlaufbeschluss als abgelehnt.
 - i. Der Beschluss und die Abstimmungsergebnisse sind schriftlich zu dokumentieren und in das Protokoll der nächsten regulären Sitzung des betreffenden Organs aufzunehmen.

§ 16: Schiedsgericht

1. Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine .Schlichtungseinrichtung. im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach einem, innerhalb von sieben Tagen unterbreiteten Vorschlag durch den Vorstand, der mindestens zwei Personen beinhaltet, wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiteren 7 Tagen ein drittes ordentliches Mitglied aus den Vorgeschlagenen zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ, mit Ausnahme der Generalversammlung, angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.
3. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 17: Freiwillige Auflösung des Vereins

1. Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. Zusätzlich sind mindestens zwei Drittel der Stimmen des Vorstands nötig.
2. Diese Generalversammlung hat auch, sofern Vereinsvermögen vorhanden ist, über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen soll, soweit dies möglich und erlaubt ist, soweit an die Mitgliederverteilt werden soll, als es den Wert der von diesen geleisteten Einlagen nicht übersteigt, ansonsteneiner Organisation zufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgt, sonst Zwecken der Sozialhilfe.
3. Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Auflösung binnen 4 Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Behörde schriftlich anzuzeigen.